

Haushaltskonsolidierung im internationalen Vergleich

1. Einleitung

Gemessen an der Staatsverschuldung von 66 % in Höhe des Bruttoinlandsprodukts, ist die öffentliche Verschuldung und die Haushaltssituation in Deutschland auf den ersten Blick nicht übermäßig dramatisch, wenn man diese mit den Höchstständen der Verschuldung vergleicht. Dramatischer sieht jedoch die Defizitsituation aus: Der Öffentliche Gesamthaushalt hat im Jahr 2023, nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes für die Kern- und Extrahaushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung ein Finanzierungsdefizit von 91,9 Milliarden Euro ausgewiesen (vgl. Destatis 2023).

Zwar waren bereits höhere Haushaltsdefizite in der Vergangenheit zu beobachten, dennoch ist die Situation vor dem Hintergrund „multipler Krisen“ (z.B. Ukraine-Krieg, Corona-Krise) nicht rosig. Zudem gibt es einen breiten Ruf von Wirtschaftswissenschaftlern, Gewerkschaften, Armutsforschern, Interessenverbänden, den Grünen, der SPD, der Linken und dem Bündnis Sahra Wagenknecht, mehr Geld auszugeben und mehr Investitionen zu tätigen.

Dieses Investitionsargument ist jedoch nur wenig valide. Vergleicht man etwa die Investitionsquoten in der Schweiz, die eine ähnliche Schuldenbremse besitzt wie Deutschland, dann liegen die Investitionsquoten während der Gültigkeit der Schweizer Schuldenbremse höher als vorher. In dem kurzen Zeitraum der Schuldenbremse für die Bundesrepublik Deutschland, die 2009 verabschiedet und seit 2011 gültig ist, lässt sich ähnliches feststellen. Denn unter der Ägide der deutschen Schuldenbremse, die viermal ausgesetzt wurde, lässt sich ebenfalls eine höhere Investitionsquote beobachten als in der Zeit ohne Schuldenbremse. Dies ist erklärungsbedürftig und eigentlich ein starkes Kontraargument gegen die Lockerung der Schuldenbremse.

Offensichtlich sind Länder besonders dann in der Lage mehr zu investieren, wenn die Verschuldung niedriger ist. Eine permanente Ausweitung der Verschuldung mit dem Investitionsargument könnte am Ende in eine Schuldenfalle führen, wo Investitionen niedriger sind und die Verschuldung höher liegt. Ziel des folgenden Beitrages ist daher die Analyse warum und wie Länder ihre Haushalte konsolidierten.

Im Mittelpunkt stehen daher die Konsolidierungsanstrengungen in den OECD-Ländern, mit einem besonderen Fokus auf Deutschland. Die Untersuchungsfrage lautet deshalb: „Wie lässt sich die Haushaltskonsolidierung in Deutschland und im internationalen Vergleich in der OECD erklären?“

Die Vorgehensweise dieses Beitrages ist es dabei, unter Rückgriff auf verschiedene Erklärungsansätze und Theorien, die Konsolidierungsanstrengungen im Zeitraum nach 1990 zu erklären. Verschiedene Theorien können dafür herangezogen werden. Im Mittelpunkt stehen dabei zunächst die sechs Theorien der Heidelberger Schule der Staatstätigkeitsforschung, also die funktionalistische Theorie, die Parteidifferenztheorie, die institutionalistische Theorie,¹ die Erklärungen durch Interessengruppen und Verbände, die Globalisierungstheorie sowie die Pfadabhängigkeitstheorie. Diese sechs Theorieansätze (Schmidt 1993, 2000; Wagschal 1996) haben sich als leistungsstark erwiesen, die Staatstätigkeit in verschiedenen Politikfeldern zu erklären.

Der Aufsatz geht wie folgt vor: Zunächst werden in Kapitel zwei die Argumente für und gegen die Staatsverschuldung diskutiert. Daran anschließend werden in Kapitel drei der verwendete Konsolidierungsindikator und seine Konstruktion vorgestellt. Im vierten Abschnitt werden sodann die Befunde für diesen Indikator dargestellt. Darüber hinaus werden noch deskriptive Daten zur Staatsverschuldung präsentiert. Kapitel fünf dekliniert die einzelnen Theorien der Staatstätigkeitsforschung am Beispiel der Haushaltskonsolidierung durch. Kapitel sechs fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen.

2. Das Pro und Contra der Staatsverschuldung

2.1 Argumente für höhere Verschuldung

Positive Sichtweisen und Argumente für die Verschuldung finden sich etwa im Keynesianismus und der deutschen Finanzklassik. Exemplarisch kann die Aussage von Lorenz von Stein dienen (von Stein 1878 zitiert nach Nowotny 1979: 3): „Ein Staat ohne Staatsschuld tut entweder zu wenig für seine Zukunft, oder er fordert zu viel von seiner Gegenwart“. Die Entwicklung moderner Staaten zu Kultur- und Wohlfahrtsstaaten (Wagner 1911: 732f.) lässt die staatlichen Aktivitäten differenzierter bewerten als zum Beispiel in der Klassik, die die Verschuldung ablehnte. Die Verschuldung wird insbesondere dadurch gerechtfertigt, dass der

1 So haben etwa Bogumil et al. (2014) gezeigt: Je größer die kommunalpolitische Autonomie und Stärke der Bürgermeister ist, desto niedriger ist die Kommunalverschuldung.

Staat investive Maßnahmen durchführen soll. Für welche Zwecke soll sich der Staat verschulden? Von Heckel (1911: 761) unterscheidet drei Gründe: Erstens für „privatwirtschaftlich-produktive Kapitalanlagen“, das heißt, der Staat finanziert mit der Schuldenaufnahme Projekte, die in gleicher Weise privatwirtschaftlich betrieben werden könnten. Nach Adam Smith wären solche Investitionen abzulehnen, während von Heckel diese legitimiert, da sie dem Staat Einnahmen bringen. Der zweite Grund für eine Verschuldung sind „staatwirtschaftlich-produktive Kapitalanlagen“ (ebd.: 761), also etwa Investitionen in die Infrastruktur. Diese liefern zwar keine direkten Einkommen für den Staat, sind aber trotzdem positiv zu bewerten, da ihr Nutzen, in Form verbesserter Infrastruktur, indirekt für den Staat zum Tragen kommt. Schließlich kann sich der Staat noch in Notzeiten verschulden: „Sie [die Staatsschulden, UW.] werden bedingt durch abnorme politische und staatliche Verhältnisse, die sich zeitweilig einstellen, sie sind unproduktiv, meist aber unvermeidlich und unumgänglich notwendig zur Erhaltung der nationalen Selbständigkeit [...]“ (ebd.: 761).

Insgesamt gibt es mehrere Argumente, die für eine höhere Verschuldung in Deutschland und den OECD-Ländern angeführt werden:

Das klassische keynesianische Argument für Verschuldung zur Konjunkturstützung und zur Anregung wirtschaftlicher Erholung besagt, dass in Zeiten von wirtschaftlicher Abschwächung oder Rezession eine höhere Verschuldung durch staatliche Investitionen und Ausgaben helfen kann, die Wirtschaft anzukurbeln. Diese Maßnahmen können die Nachfrage stimulieren, Arbeitsplätze schaffen und das Wirtschaftswachstum fördern. So haben gerade während der COVID-19-Pandemie viele Länder ihre Schulden erhöht, um Konjunkturpakete zu finanzieren und die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise abzufedern (vgl. Krugmann 2009).

Ein weiteres Argument ist, dass es günstig ist, sich zu verschulden. Angesichts historisch niedriger Zinssätze sind die Kosten für die Aufnahme von Krediten gering. Dies bietet eine günstige Gelegenheit für Regierungen, Investitionen in Infrastruktur, Bildung und andere langfristige Projekte zu finanzieren, die das zukünftige Wirtschaftswachstum unterstützen können (ebd.). Niedrige Zinssätze machen es für Regierungen attraktiver, sich zu verschulden, da die Zinszahlungen auf die Schulden relativ gering bleiben. Vor dem Anstieg der Verschuldung 2022 und 2023 hatte Deutschland sogar phasenweise negative Zinssätze, d.h. es bekam Geld für seine Kredite.

Investitionen in die Zukunft werden durch Verschuldung befördert. Durch höhere Verschuldung können Regierungen in Bereiche investieren, die langfristig positive Auswirkungen haben wie z.B. Bildung, Forschung und Entwicklung,

Digitalisierung und grüne Technologien (vgl. Blinder/Solow 1976). Solche Investitionen können die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft stärken. Investitionen in erneuerbare Energien und Klimaschutzmaßnahmen könnten langfristig zu nachhaltigem Wachstum und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen.

Daneben können die öffentlichen Finanzen durch Wachstum stabilisiert werden. Wenn die zusätzlichen Schulden zur Finanzierung produktiver Investitionen verwendet werden, kann dies zu höherem Wirtschaftswachstum führen, was wiederum höhere Steuereinnahmen generieren und so die Schuldenlast relativ zur Wirtschaftsleistung verringern kann. Infrastrukturprojekte, die die Effizienz und Produktivität der Wirtschaft verbessern, können zu einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und damit zu höheren Staatseinnahmen führen (ebd.). Empirisch ist diese These jedoch mehr als umstritten, da viele Länder eben nicht investieren, sondern den Sozialkonsum damit finanzieren. Japan, Frankreich und Italien sind etwa in der OECD mit am höchsten verschuldet, weisen aber langfristig unterdurchschnittliche Wachstumsraten auf (vgl. IMF 2024).

Schließlich soll soziale und wirtschaftliche Ungleichheit vermieden werden. Höhere Staatsausgaben können dazu beitragen, soziale Ungleichheiten zu reduzieren, indem sie in Sozialprogramme, Gesundheitsversorgung und Bildung investieren. Dies kann langfristig zu einer stabileren und kohäsiveren Gesellschaft führen. Programme zur Bekämpfung von Armut und zur Förderung von Chancengleichheit können durch höhere Staatsausgaben finanziert werden.

2.2 Argumente für niedrigere Verschuldung

Der Anstieg der Staatsschulden kann unterschiedliche Folgen nach sich ziehen. Diese können sowohl kurzfristige als auch langfristige Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Gesellschaft haben.

Zunächst können erhöhte Zinskosten auftreten und das Budget belasten. Wenn die Staatsschulden steigen, müssen Regierungen mehr Geld für den Schuldendienst aufwenden. Dies bedeutet höhere Zinszahlungen, die einen erheblichen Teil des Staatshaushalts beanspruchen können. Dadurch stehen weniger Mittel für wichtige öffentliche Ausgaben wie Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit zur Verfügung. Ende der 1980er Jahre hat etwa Italien fast ein Drittel seines Staatshaushaltes für den Schuldendienst aufwenden müssen.

Darüber hinaus kann Staatsverschuldung einen Verdrängungseffekt (*Crowding-Out*) nach sich ziehen. Hohe Staatsschulden können zu höheren Zinssätzen führen, da die Regierung um Kapital mit dem privaten Sektor konkurriert. Dies

kann Investitionen in die Privatwirtschaft verdrängen, da Unternehmen und Haushalte höhere Kosten für Kredite tragen müssen. Infolgedessen kann das Wirtschaftswachstum gebremst werden. Tatsächlich weisen Länder mit stabilen Staatsfinanzen ein deutlich niedrigeres Zinsniveau, aber auch niedrigere Risiko-aufschläge auf die Staatsschuldtitel auf (vgl. Barro 1979).

Staatsverschuldung birgt Risiken der Inflation und Währungsabwertung. Ein Anstieg der Staatsschulden kann das Vertrauen der Investoren in die Finanzstabilität eines Landes untergraben. Dies kann zu einer Abwertung der Währung führen und importierte Güter teurer machen, was die Inflation anheizt. Hohe Inflation kann die Kaufkraft der Bürger verringern und die wirtschaftliche Unsicherheit erhöhen. Zahlreiche Schuldenkrisen (vgl. Reinhart/Rogoff 2010) geben hierfür ein Beispiel.

Eine hohe Staatsverschuldung führt zu eingeschränkter fiskalischer Flexibilität. Länder mit hohen Schulden haben weniger Spielraum, um auf wirtschaftliche Krisen oder unvorhergesehene Ereignisse zu reagieren. Sie sind oft gezwungen, Sparmaßnahmen zu ergreifen oder Steuern zu erhöhen, was die wirtschaftliche Erholung verlangsamen und soziale Spannungen verschärfen kann. So äußerte der schwedische Ministerpräsident Göran Persson 1997: „Wer verschuldet ist, ist nicht frei“ (vgl. Die Presse vom 14.2.2010).

Ein hoher Schuldenstand kann das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Fähigkeit der Regierung, die Wirtschaft zu steuern, untergraben. Dies kann zu politischer Instabilität führen, da die Bevölkerung unzufrieden mit den wirtschaftlichen Bedingungen und den getroffenen Maßnahmen ist. Politische Instabilität kann wiederum Investitionen abschrecken und das Wirtschaftswachstum weiter beeinträchtigen (vgl. Cecchetti et al. 2011).

Schließlich ist Staatsverschuldung ein Ausdruck intergenerationaler Ungerechtigkeit. Die Belastung durch hohe Staatsschulden wird oft auf zukünftige Generationen abgewälzt, die die Schulden zurückzahlen müssen. Dies kann zu einer intergenerationalen Ungerechtigkeit führen, da kommende Generationen mit den Lasten und den damit verbundenen Einschränkungen konfrontiert werden, ohne dass sie von den ursprünglich aufgenommenen Schulden profitieren (vgl. Auerbach et al. 1991).

Insgesamt können die dramatischen Folgen des Anstiegs der Staatsschulden in den OECD-Ländern zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen, einer Reduzierung der Lebensqualität und einer Zunahme sozialer Spannungen führen. Es ist daher entscheidend, dass Regierungen nachhaltige Fiskalpolitiken verfolgen und Maßnahmen ergreifen, um die Schulden auf ein tragbares Niveau zu reduzieren. Es sei noch angemerkt, dass die Verschuldungskritik schon

alt ist. So Marcus Tullius Cicero in einer seiner Reden, 55 v. Chr.: „Der Staatshaushalt muß ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen abgebaut, die Arroganz der Behörden muß gemäßigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen verringert werden, wenn der Staat nicht bankrott gehen [sic!] soll. Die Leute sollen wieder lernen zu arbeiten, statt auf öffentliche Rechnung zu leben“ (zitiert aus FAZ vom 28.12.1990).

3. Die Konsolidierung von Haushalten

Wie lässt sich ein „Leistungsvergleich“ für die Konsolidierungsanstrengungen eines Landes empirisch erfassen? Voraussetzung zur Beurteilung der Konsolidierungsanstrengungen ist die Operationalisierung und Definition von Konsolidierungsperioden. Das erste Problem stellt sich bei der Wahl der Indikatoren, auf deren Basis die Haushaltspolitik und Konsolidierungsanstrengungen gemessen und beurteilt werden können. Um die tatsächliche Konsolidierungspolitik zu erfassen, sollte der Finanzierungssaldo (bzw. die Nettokreditaufnahme) um jene Größen bereinigt werden, welche eine Regierung nicht beeinflussen kann. Dies sind einerseits die konjunkturelle Entwicklung sowie andererseits die Zinszahlungen auf die Staatsschuld, für die eine Zahlungsverpflichtung besteht. Somit stehen drei unterschiedliche Messkonzepte bzw. Ansätze zur Auswahl, die den jährlichen nominalen Budgetsaldo „bereinigen“ und zur Analyse von Konsolidierungen herangezogen werden können:

- der konjunkturell bzw. zyklisch angepasste (d.h. an den Wirtschaftsverlauf angepasste) Budgetsaldo (synonym: das strukturelle Defizit bzw. *cyclically adjusted balance CAB*),
- der Primärsaldo (Budgetsaldo abzüglich Zinszahlungen auf die Staatsschuld) sowie
- der konjunkturell bzw. zyklisch angepasste Primärsaldo (*cyclically adjusted primary balance CAPB*).

In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur finden sich zahlreiche Studien, die sich mit Haushaltskonsolidierungen und deren Auswirkungen beschäftigen (z.B. Zaghini 2001; Alesina/Perotti 1995, 1996, 1997; Hagen et al. 2002; Brandner 2003; Mulas-Granados 2006). Diese Studien verwenden in der Regel die konjunkturbereinigten Saldenquoten (CAB) oder die konjunkturbereinigten Primärsalden (CAPB) als Indikatoren für die diskretionäre Finanzpolitik. Aufgrund der Datenqualität, methodischer Probleme der Messung konjunktureller Anpassung und

deutlich unterschiedlichen Werte bei OECD und IWF wird im Folgenden das Primärsaldo zur Erfassung der Konsolidierungsleistung verwendet. Die zweite Entscheidung bei der Operationalisierung eines Konsolidierungsindikators ist, welche Kriterien erfüllt werden müssen, damit von einer Konsolidierungsphase gesprochen werden kann. Dies bedeutet, dass neben der Kriterienauswahl auch ein Konsolidierungszeitraum abgesteckt und bestimmte Schwellenwerte festgelegt werden müssen. In Tabelle 1 werden zunächst die verschiedenen Budgetkonzepte bzw. Saldenkonzepte dargestellt.

Tabelle 1: Budgetsaldenkonzepte im Vergleich

	Keine Bereinigung der konjunkturellen Entwicklung	Bereinigung der konjunkturrellen Entwicklung
Keine Bereinigung um Zinszahlungen	Nettokreditaufnahme (nominaler Budgetsaldo)	CAB – zyklisch angepasster Budgetsaldo
Bereinigung um Zinszahlungen	Primärsaldo	CAPB – zyklisch angepasster Primärsaldo

Quelle: Eigene Darstellung.

Ein neuerer Ansatz zur Messung von Konsolidierung verwendet die tatsächlichen Maßnahmen von Konsolidierungsprogrammen, die durch Regierung und Parlament verabschiedet wurden. Devries et al. (2011) ermittelten auf Basis der Budget- und Regierungsentscheidungen sowie anderer Informationen (z.B. der Zentralbanken und des IWF) Konsolidierungsmaßnahmen für 17 OECD-Staaten zwischen 1978 und 2009. Dieser Datensatz ist zwischenzeitlich auch in anderen Analysen verwendet worden. Devries und seine Ko-Autoren identifizieren insgesamt 173 fiskalische Konsolidierungen bei 544 möglichen Fällen (17 Länder mal 32 Jahre) im Untersuchungszeitraum, was 31,8 Prozent aller möglichen Fälle entspricht.

Im Folgenden wird ein dritter Ansatz vorgestellt, der die Mehrdimensionalität von Haushaltskonsolidierungen berücksichtigt. Bei dem hier verwendeten Indikator wird immer die Dauer mit zwei Jahren als Untersuchungsperiode betrachtet. Weitere Kriterien sind die Entwicklung der Staatsverschuldung sowie als Erfolgskriterium die Entwicklung der Schuldenquote. Damit können auf Basis der drei Kriterien die Konsolidierungsanstrengungen der OECD-Länder auf einer Skala von 1 bis 10 typologisiert werden. Die Konsolidierungsperiode

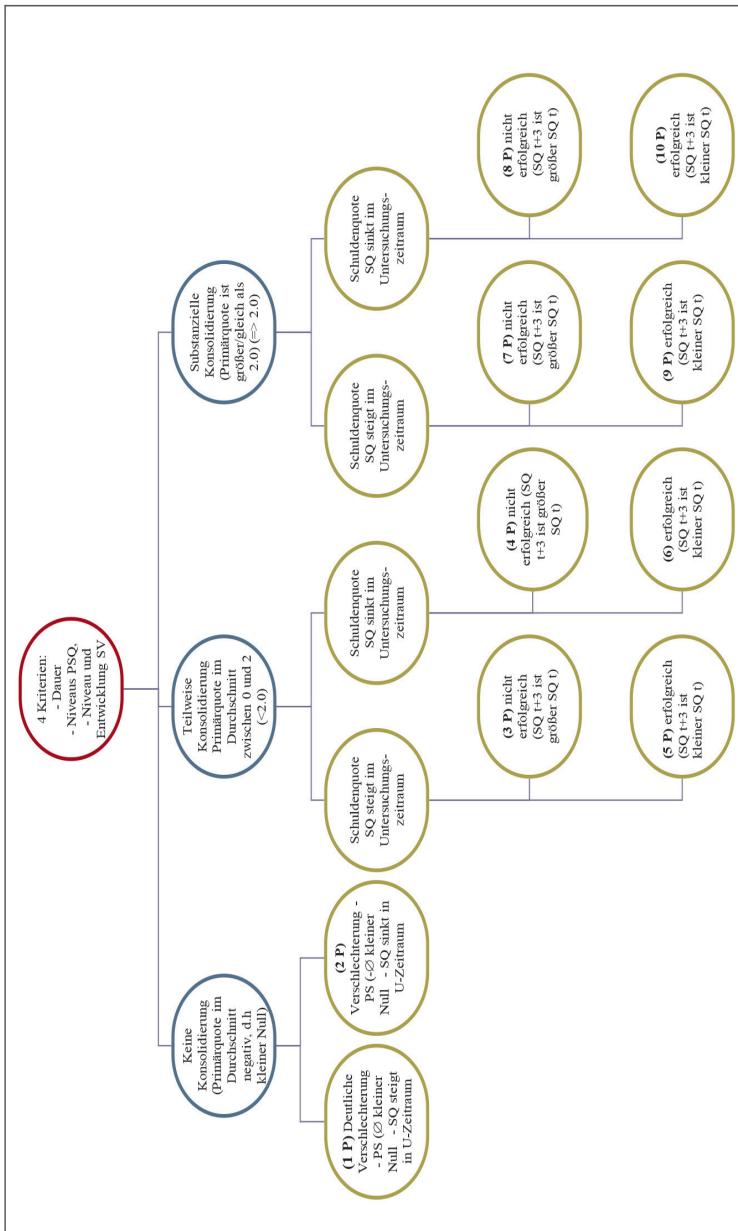
umfasst die beiden Jahre 2021 und 2022. Die Berechnung basiert auf drei Indikatoren:

1. Niveau des Primärsaldos (in % BIP) gemessen über den Durchschnitt der Untersuchungsperiode (alle 2 Jahre)
2. Entwicklung der Staatsverschuldung (in % BIP= Staatsschuldenquote) während der zweijährigen Untersuchungsperiode (Differenz im letzten Jahr vor der Konsolidierung = 2020 zum letzten Jahr der Konsolidierung 2022).
3. Entwicklung der Staatsverschuldung (in % BIP) in den folgenden drei Perioden („Erfolgskriterium“) $t + 3$ nach Ende der Betrachtung ($2022 + 3 = 2025$)

Insgesamt umfasst der Konsolidierungsindikator 10 Ausprägungen (Punkte): Nicht stattfindende Konsolidierung wird operationalisiert über einen (im Durchschnitt der Untersuchungsperiode) negativen Primärsaldo sowie einen Anstieg/Rückgang (1 oder 2 Punkte) der Staatsverschuldungsquote im Untersuchungszeitraum. Eine teilweise Konsolidierung liegt vor, wenn der Primärsaldo (in diesem Fall also ein Primärüberschuss) im Durchschnitt zwischen 0 und 2 Prozent des BIP beträgt. Dabei werden vier Subtypen unterschieden (je nach Entwicklung der Schuldenquote im Untersuchungszeitraum sowie in den folgenden drei Jahren, 3–6 Punkte). Eine substanzielle Konsolidierung liegt vor, wenn der Primärsaldo im Durchschnitt der Untersuchungsperiode mindestens 2 Prozent des BIP beträgt. Dabei werden vier Subtypen unterschieden (je nach Entwicklung der Schuldenquote im Untersuchungszeitraum sowie in den folgenden drei Jahren, 7–10 Punkte). In Abbildung 1 wird die Konstruktionslogik des Konsolidierungsindikators nochmals in einer Übersicht dargestellt. Substanzielle und erfolgreiche Konsolidierungen zeichnen sich also dadurch aus, dass das Primärsaldo mit mehr als 2 Prozent im Überschuss ist und die Schuldenquote nach drei Jahren gesunken sein muss.

In einer Analyse der Staatsausgaben während Konsolidierungsphasen konnte Wagschal (2011b) zeigen, welche Ausgaben besonders gekürzt wurden. Dies waren vor allem (1) die allgemeine Verwaltung (hier werden auch die Zinszahlungen erfasst), (2) die wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie Subventionen (etwas weniger betroffen waren die Investitionen) und (3) die Verteidigung, die vielzitierte Friedensdividende nach Ende des Kalten Krieges. Letztere wird angesichts der Kriege und Konflikte zukünftig nicht mehr in diesem Umfang anfallen.

Abbildung 1: Konstruktionslogik des Konsolidierungskriteriums



Quelle: Eigene Darstellung

Vergleicht man das Ausgabenprofil der Konsolidierer mit jenem der Nicht-Konsolidierer, so zeigen sich weitere bemerkenswerte Unterschiede. Im Gegensatz zu den Konsolidierern erhöhten die Nicht-Konsolidierer ihre Ausgaben besonders für Soziales und Gesundheit. Zwar stiegen die Gesundheitsausgaben auch bei den Konsolidierern, jedoch in deutlich geringerem Umfang. Entscheidend war aber die Entwicklung der Sozialausgaben: Die Konsolidierer fuhren diese generell stärker zurück. Als erfolgreiche Sanierungsstrategien erweisen sich außerdem folgende Instrumente bei der Ausgabenkürzung als Erfolg versprechend: (1) Veränderungen von Indexierungen, (2) Verschärfungen der Bezugskriterien für Sozialleistungen, (3) Kürzungen beim Personal (Nullrunden, teilweise auch Personalabbau), (4) Verwaltungsreformen und (5) Subventionsabbau. Im Grunde also alles harte und politisch durchaus riskante Einschnitte.

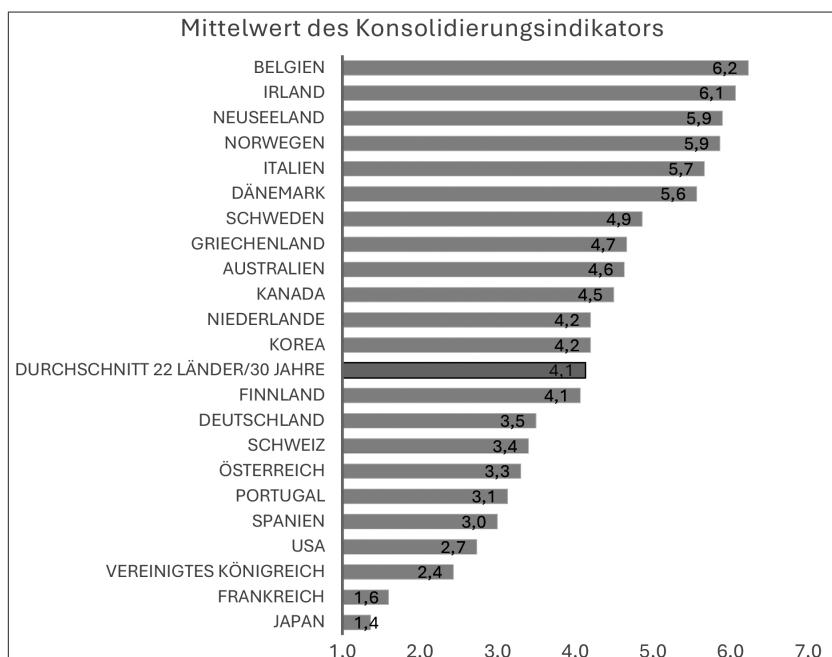
4. Konsolidierung im internationalen Vergleich

Für die empirische Auswertung wurden für 22 hoch industrialisierte OECD-Mitgliedsländer² die notwendigen Daten für den Zeitraum von 1991/92 bis 2020/21 erhoben. Die letzte Konsolidierungsperiode ist dabei der Zwei-Jahreszeitraum 2020/2021, wobei für die Bewertung als erfolgreiche beziehungsweise nicht erfolgreiche Konsolidierungsphase die Verschuldungsquote für 2024 notwendig war. Somit kann die vorliegende Analyse die gesamte Periode nach 1990 abdecken. Die Varianz zwischen den OECD-Ländern im Untersuchungsraum ist beachtlich. Die Länder mit der geringsten Konsolidierungsanstrengung sind Japan, Frankreich, das Vereinigte Königreich, die USA und Spanien. Im Durchschnitt haben dabei Frankreich und Japan so gut wie keine Konsolidierungsphase im gesamten 30 Jahre umfassenden Untersuchungsabschnitt. Im Durchschnitt liegt der Konsolidierungswert über alle 22 Länder und 30 Untersuchungsjahre bei 4,1. Dies bedeutet im Durchschnitt eine eher schwache Konsolidierung. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass Länder, die etwa eine positive Haushaltssituation haben, gar keine Konsolidierungsanstrengung unternehmen müssen. Die stärksten Konsolidierungsanstrengungen weisen Belgien, Irland, Neuseeland, Norwegen und Italien auf. Insbesondere das positive Abschneiden von Belgien und Italien ist auf den ersten Blick etwas überraschend. Angesichts der hohen politischen Polarisierung in beiden Ländern mit einem hohen Anteil links- und rechtspopulistischer Parteien scheint diese Steuerungsleistung überraschend.

2 Die 22 Länder sind in Abbildung 2 dargestellt.

Ein Blick auf den zeitlichen Verlauf zeigt jedoch Besonderheiten. Beide Länder waren in den 1980er und 1990er Jahren besonders hoch verschuldet. Durch die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung wurden mit dem Vertrag von Maastricht im Dezember 1991 verschiedene Kriterien vereinbart, die als Eintrittsbillett in die Währungsunion zu erfüllen waren. Im Bereich der Haushaltsführung waren dies das 3-%-Defizitkriterium sowie das 60-%-Schuldenstandskriterium, welche jeweils in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nicht überstiegen werden sollten. Gerade im Vorfeld des Stichjahres 1999 gab es daher bei den hoch verschuldeten Ländern besonders starke Konsolidierungsanstrengungen. Nach 2002 flachen diese jedoch deutlich ab, insbesondere im Fall Italiens. So lag der Durchschnitt für den Konsolidierungsindikator in den acht Jahren vor 2001/2002 bei 9 (!) und in den acht Jahren nach 2002/2003 bei 5,1, ein signifikanter Unterschied.

Abbildung 2: Rangliste erfolgreicher Konsolidierungsländer (1991–2021)



Quelle: Eigene Auswertungen und Berechnungen auf Basis der Operationalisierung in Abbildung 1. Dargestellt sind die Durchschnitte von 1991 bis 2021.

Auffallend bei der Rangliste der erfolgreichen und weniger erfolgreichen Konsolidierungsländer ist der Fakt, dass besonders große Länder eine deutlich unterdurchschnittliche Konsolidierungsperformanz aufweisen. Am Ende der Rangliste liegen fünf große Länder, während an der Spitze vier kleine und ein großes Land liegen. Dies kann unter anderem damit erklärt werden, dass kleine Länder insbesondere von den Kapitalmärkten stärker betroffen sind. Im Fall des Landes Schweden gibt es etwa eine Geschichte des Ministerpräsidenten Göran Persson, der sich für Schwedens Verschuldungspolitik in den 1990er Jahren an den Finanzmärkten rechtfertigen musste. Er beschrieb dies als eines der schlimmsten Erlebnisse während seiner Amtszeit als Ministerpräsident Schwedens (vgl. Die Presse vom 14.2.2010).

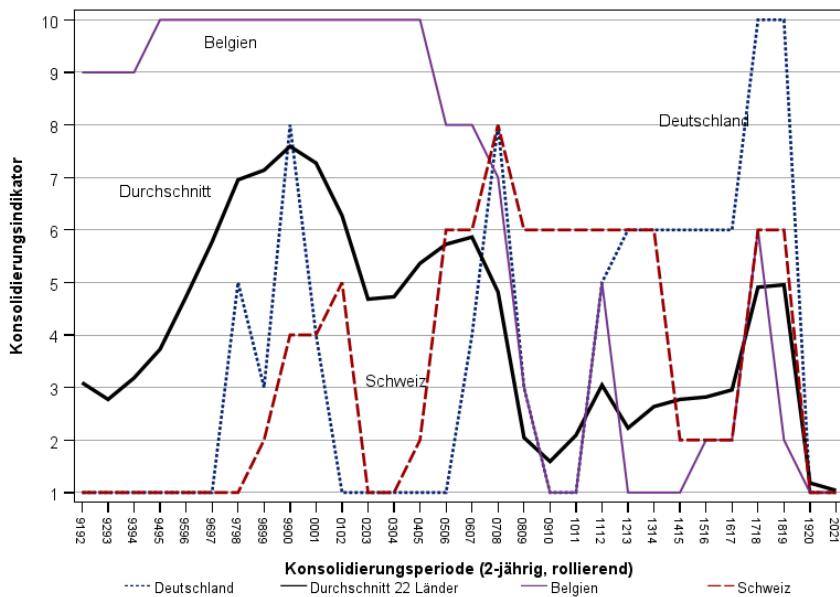
Betrachtet man die Entwicklung der Konsolidierung über die Zeit (vgl. Abbildung 3), kann man für den Durchschnitt über alle Länder (schwarze Linie) ein Auf und Ab beobachten, welches mit den ökonomischen Entwicklungen stark korrespondiert. In Zeiten guten ökonomischen Wachstums und stabiler politischer Verhältnisse gelingt eine Konsolidierung besser. Dennoch lassen sich für einige Länder interessante länderspezifische Faktoren identifizieren. So weist die Schweiz über die vergangenen 30 Jahre insgesamt eine unterdurchschnittliche Konsolidierungsbilanz auf. Gerade in den 1990er Jahren hatte sich die Situation der öffentlichen Finanzen in der Schweiz verschlechtert. Im Jahre 2003 wurde die Schuldenbremse in der Schweiz eingeführt, die ab dem Jahr 2005 galt. Betrachtet man die 14 Jahre vor der Einführung der Schuldenbremse mit den 16 Jahren nach ihrer Einführung, so ist der Durchschnitt des Konsolidierungsindikators deutlich besser unter der Ägide der Schweizer Schuldenbremse (Durchschnitte 1,9 für 1991–2004 und 4,8 für 2005–2021).

Ähnliches gilt für die Schuldenbremse in Deutschland. Diese wurde 2009 verabschiedet und galt ab 2011. Allerdings wurde sie danach bereits viermal ausgesetzt. Dennoch zeigt sich, dass die durchschnittliche Konsolidierungsleistung unter der Schuldenbremse deutlich besser war als unter dem Regime mit der bis dorthin gültigen „goldenen Regel“ zu Begrenzung der Verschuldung (vgl. Wagschal 2011a). Natürlich ist dabei zu berücksichtigen, dass nach der deutschen Einheit erst einmal eine expansive Ausbaupolitik gefahren wurde. Gleichwohl ist die Periode nach 2011 ebenfalls durch zahlreiche Krisen geprägt, wie die Finanzkrise, die Euro-Schuldenkrise, die Migrationskrise sowie die Coronakrise. Im Durchschnitt betrug der Konsolidierungsindikator 2,4 für 1991–2010 und 5,7 für 2011–2021.

Sowohl für die Länder der Europäischen Union als auch für die Schweiz und Deutschland kann damit festgehalten werden, dass Verschuldungsgrenzen und

Verschuldungsregeln wirken. Langfristig eröffnen diese somit den Ländern etwas mehr Handlungsspielraum. Auffällig ist auch, dass besonders in Krisenzeiten die Konsolidierungsanstrengungen deutlich zurückgehen, was durchaus sinnvoll ist, denn selbst die Klassische Theorie der Wirtschaftswissenschaften akzeptiert gerade in Krisenzeiten eine höhere Verschuldung. So zeigt sich, dass während der Finanz- und Euroschuldenkrise von 2008 bis 2013 sowie während der Coronakrise ab 2020 die Verschuldung ansteigt, aber auch die Konsolidierung deutlich zurückgeht (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Entwicklung der Konsolidierung über die Zeit

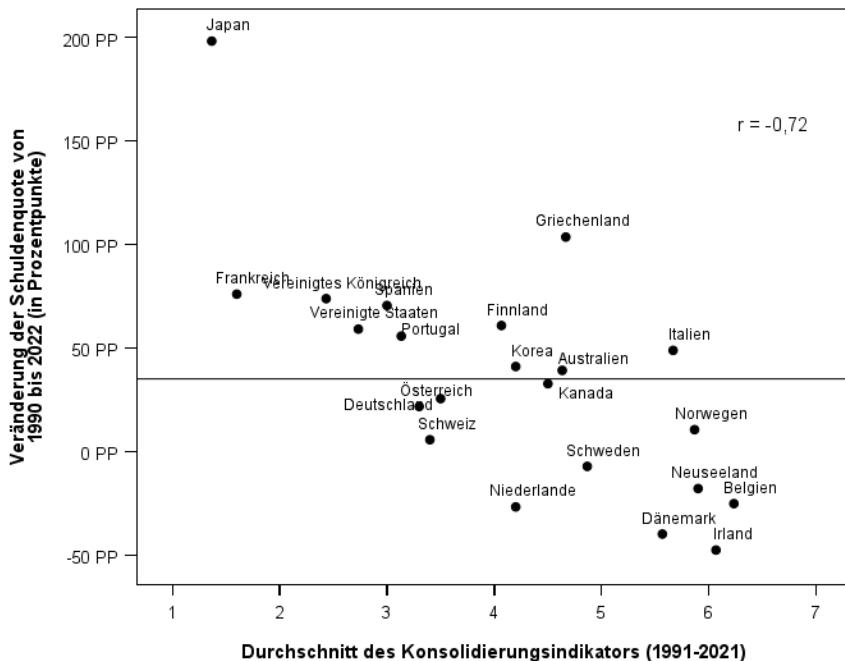


Quelle: Eigene Auswertungen und Berechnungen auf Basis der Operationalisierung in Abbildung 1.

Wie wirkt die Haushaltskonsolidierung auf die Verschuldungsquoten? Von der Konstruktionslogik her ist zu vermuten, dass je stärker die Konsolidierungsanstrengungen sind, desto niedriger sollte das Staatsverschuldungsniveau sowie die Veränderung der Schuldenquoten sein. So betrug der Verschuldungsquotenanstieg zwischen 1990 und 2022 34,6 Prozentpunkte. Betrachtet man die 22 Untersuchungsländer zwischen 1990 und 2022 und korreliert die Veränderung der Schuldenquoten mit der durchschnittlichen Konsolidierungsperformanz (Durch-

schnitt von 1991 bis 2021), dann ist in der Tat eine starke negative Korrelation festzustellen ($r = -0,72$, vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Veränderung der Verschuldung und Konsolidierung über die Zeit



Quelle: Eigene Auswertungen und Berechnungen. Rohdatenquelle: OECD.

Japan, das Land mit dem höchsten Verschuldungsniveau, weist auch die schwächste Konsolidierungsleistung auf. Irland, welches den stärksten Verschuldungsrückgang zu verzeichnen hatte (vgl. Abbildung 4), hat die zweitbeste Verschuldungsperformanz. Insbesondere der irische Fall ist bemerkenswert, da Irland in den 1980er Jahren noch das am stärksten verschuldete OECD-Land war. Durch eine aggressive Steuerpolitik gelang es in den 1990er Jahren hohe Wirtschaftswachstumsraten bis heute zu erzielen, so dass Irland mittlerweile eines der reichsten Länder der OECD ist und dementsprechend die Schuldensquote über eine Wachstumsstrategie gesenkt worden ist. Manche Länder, wie Norwegen, haben aufgrund ihres Rohstoffreichtums bessere Bedingungen für eine Haushalts-

konsolidierung, was in einer vergleichenden Bewertung zu berücksichtigen ist. Der Konsolidierungsindikator ist zudem auch negativ mit dem Schuldenstand des Jahres 2022 mittelstark korreliert ($r = -0,49$).

5. Erklärungsansätze für den Konsolidierungserfolg

Wie kann man den Verschuldungsanstieg mit dem Theorieansatz der Heidelberger Schule der Staatstätigkeitsforschung analysieren und erklären (Schmidt 1993, 2000)?

(1) Die älteste und in der Gesamtschau erklärenkräftigste Theorieschule dieses Ansatzes ist die funktionalistische bzw. sozioökonomischen Theorie der Determination der Staatstätigkeit. Es zeigte sich bei verschiedenen Analysen zur Haushaltskonsolidierung im internationalen Vergleich, aber auch im Bundesländervergleich für Deutschland (vgl. Wagschal/Wenzelburger 2008; Wagschal et al. 2009; Wagschal 2011b), dass das Wirtschaftswachstum, ökonomische Krisen, die Sozialausgaben, aber auch Faktoren wie die Seniorenquote ganz zentrale Treiber für den Anstieg der Verschuldung und umgekehrt auch für schwache Konsolidierungsmaßnahmen sind. Generell erklärt diese Schule sowohl den Anstieg der Verschuldung als auch die Konsolidierungsleistung. Diese ist diskretionär aber auch von den Handlungen der Regierung abhängig und damit von einzelnen Politikern.

Weitere wichtige Faktoren dieser Theorie sind jedoch auch die verschiedenen Krisen, die Konsolidierungen deutlich beeinflussen. So war die Konsolidierungsleistung seit 1990 nie so schlecht wie während den vergangenen Jahren der Corona-Krise. Dies liegt unter anderem an der expansiven Konjunktur- und Sozialpolitik mit einer hohen Verschuldung zur Bewältigung dieser Krise. Die Analyse sämtlicher Konsolidierungsepisoden zeigt insgesamt, dass es also vor allem wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind, die Konsolidierung beeinflussen. Die wichtigsten Größen sind dabei das Wirtschaftswachstum, die Veränderung der Zinssätze, aber etwa auch positiv das Ende des Kalten Krieges mit der angefallenen Friedensdividende.

(2) Haushaltskonsolidierungen sind ebenfalls von parteipolitischen Faktoren abhängig. Diese sind jedoch schwächer für die Erklärung von Konsolidierungen als etwa bei der Erklärung der Verschuldung und der Haushaltsdefizite (Wagschal 1996). Es zeigt sich im internationalen Vergleich, dass tendenziell bürgerliche Regierungen ihre Haushalte etwas schwächer konsolidiert haben. Generell spielt dieser Faktor aber eine eher untergeordnete Rolle. Die par-

ties-do-matter-Hypothese ist daher nur bedingt tauglich zur Erklärung der Haushaltskonsolidierung.

- (3) Ebenfalls von geringer Bedeutung sind die Effekte der Theorie der Machtressourcen organisierter Interessen. Als dritter Theoriestrang haben Interessengruppen einen gewissen expansiven Effekt auf die Staatsausgaben, weil diese Akteure tendenziell Leistungen wünschen. Gewerkschaften, mitunter aber auch Arbeitgeber, die sich Aufträge von einer expansiven Staatstätigkeit versprechen, sind daher negativer zu Konsolidierungen eingestellt.
- (4) Der vierte Erklärungsansatz ist die Globalisierungstheorie. Diese liefert wiederum einen deutlich stärkeren Erklärungsbeitrag. So zeigt sich, dass Länder mit einer höheren Verschuldung und Abhängigkeit vom Kapitalmarkt eine deutlich höhere Risikoprämie auf ihre Staatsschulden zu bezahlen haben. Dies gilt zwar nicht für das am stärksten verschuldete Land Japan, weil sich die japanische Regierung vor allen Dingen intern auf dem heimischen Kapitalmarkt verschuldet. Dennoch sind die Daten und Befunde eindeutig: Je höher, die Schuldenquoten und je stärker die Kapitalmarkteinbindung, desto vulnerabler ist ein Land. Insofern überrascht es nicht, dass vor allem kleine, global besonders vernetzte Länder, die stark in den Weltmarkt und die Kapitalmärkte integriert sind, besonders starke Konsolidierungsanstrengungen unternommen haben. Dies auch, um sich so vor Spekulationsangriffen zu schützen. Zudem schlagen internationale Krisen besonders bei kleineren Ländern durch, was etwa bei der Finanz- und Staatsschuldenkrise 2008–2013 zu beobachten war.
- (5) Besonders wirksam sind jedoch Institutionen und damit die institutionalistischen Theorien. Die Untersuchung für die Verschuldungsgrenzen haben gezeigt, dass diese wirksam waren, in der Europäischen Union vor der Einführung des Euros, aber auch in der Schweiz sowie in Deutschland. Verschuldungsgrenzen wirken jedoch nicht immer, beispielsweise wenn die Regelbefolgung gering und die Konstruktionslogik der jeweiligen Schulden Grenzen mangelhaft ist (Wagschal 2011a). Detailanalysen (Wenzelburger 2012) haben gezeigt, dass es aber auch die unterschiedlichen Budgetstrategien sind, die erfolgreich auf eine Haushaltskonsolidierung einwirken. Ein starker Finanzminister, der Vetorechte besitzt, wäre hierfür ein Beispiel. Aber auch die institutionelle Änderung der Haushaltshaufstellung, der Kontrolle sowie Haushaltsüberwachung spielt eine Rolle. Länder, die ihre Haushaltshaufstellung von einem traditionellen Bottom-Up-, d.h. über ein Anmeldeverfahren, auf ein Top-Down-Verfahren, bei dem etwa eine Obergrenze durch

den Finanzminister vorgegeben wird und zentralisierte Verhandlungen stattfinden, umgestellt haben, verfolgten eine erfolgreiche Strategie.³

Zudem macht es einen großen Unterschied, ob einnahmeseitig oder ausgabenseitig konsolidiert wird. Eine Reduktion der Ausgaben ist dabei langfristig für den Konsolidierungserfolg nachhaltiger, als die Erhöhung der Einnahmen, die mitunter für andere Projekte ausgegeben werden (Wagschal/Wenzelburger 2008).

- (6) Schließlich gibt es als sechsten Erklärungsansatz die Theorie der Pfadabhängigkeit. Nach diesem Ansatz wäre zu vermuten, dass Länder, die historisch eine hohe Verschuldung aufweisen, auch weiterhin diesem Pfad folgen und dementsprechend geringere Konsolidierungsanstrengungen vornehmen. Die Fälle Griechenlands und Frankreichs könnten hierfür als Belege gelten. Dagegen zeigen Belgien, Irland aber auch Schweden, dass es gegenläufige Tendenzen gibt. Insgesamt ist die Pfadabhängigkeitshypothese nur eingeschränkt geeignet, um die Konsolidierungsbemühungen zu erklären.

Was fehlt bei den Erklärungen? Möglicherweise könnte man noch kulturelle Faktoren zur Erklärung der Staatstätigkeit heranziehen. So fällt auf, dass eine Reihe von Ländern besonders gut abschneiden, die protestantisch geprägt sind. Aus dem kultischen Erklärungsansatz von Max Weber von der Wirkmächtigkeit des Protestantismus könnte man diesen Faktor heranziehen. So hieß der Schlüsseltext von Weber: „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ (Weber 1904). Hiernach ließe sich argumentieren, dass protestantische Länder auf eine geringe Verschuldung und stärker auf marktwirtschaftliche sowie kapitalistische Erfolgsbedingungen achten. Insgesamt ist der Zusammenhang jedoch mit dem Konsolidierungsindikator eher schwach, wenn man den Anteil der Protestanten respektive Katholiken mit dem Konsolidierungsindikator korreliert.

6. Fazit

Dieser Beitrag versuchte, die Konsolidierungsanstrengungen von 22 OECD-Ländern im Zeitraum von 1991–2021 zu beschreiben und anschließend zu erklären.

3 Auch die Bundesregierung hat vom traditionellen Anmeldeverfahren (Bottom-Up-Ansatz) hin zu einem Top-Down-Verfahren umgestellt: „Bis zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2011 verlief das regierungsinterne Haushaltsaufstellungsverfahren „bottom up“ [...] Seit der Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 wird der Sachhaushalt „top down“ aufgestellt.“ (BMF 2015: 30) Maßgeblich für diese Änderung war der Staatssekretär Gatzler (SPD).

Hierfür wurde zunächst einmal ein Konsolidierungsindikator konstruiert, der auf vier Indikatoren basiert:

- (1) der Dauer der Konsolidierung
- (2) dem durchschnittlichen Primärsaldo innerhalb von 2 Untersuchungsjahren
- (3) dem Niveau der Verschuldungsquoten
- (4) der Veränderung der Verschuldungsquoten nach einem gewissen Zeitraum ($t = 3$), als Erfolgsindikator.

Die Varianz zwischen den Ländern, aber auch innerhalb der einzelnen Länder über die Zeit ist dabei beachtlich. Es gibt fast keine Länder, die keine größere Varianz aufweisen, sieht man von Japan und Frankreich ab, in denen es keine Konsolidierungsanstrengung über den gesamten Untersuchungszeitraum gab. Die erfolgreichsten Länder der Haushaltskonsolidierung waren Belgien, Irland, Neuseeland, Norwegen und Italien. Deutschland liegt im unteren Mittelfeld der OECD-Länder mit einem leicht unterdurchschnittlichen Wert von 3,5 auf der Konsolidierungsskala von 1-10. Hier ist sicherlich die Deutsche Einheit ein Erklärungsfaktor für die unterdurchschnittliche Performanz. Zumindest seit der Einführung der Schuldenbremse (2011) liegt dieser Wert deutlich höher als zuvor. Generell haben Schuldenbremse einen dämpfenden Effekt, der gut nachweisbar ist.

Am erklärenkräftigsten sind jedoch die sozioökonomischen Faktoren. Auch Krisen, wie die Finanzkrise, die Euro-Schuldenkrise, die Migrations-Krise, die Corona-Krise, aber auch der „ökonomische Schock“ durch die Deutsche Einheit, können entweder im internationalen Vergleich, aber auch länderspezifisch, einen Erklärungsbeitrag leisten. Neben den sozioökonomischen und den institutionellen Faktoren sind es aber auch die internationale Einbettung sowie die Abhängigkeit von Kapitalmärkten, die die Konsolidierungsanstrengung erklären können. Auf den Verlust des Handlungsspielraums von Regierungen durch eine hohe Staatsverschuldung lässt sich fast nur noch durch harte Konsolidierungspolitik reagieren. Die lange Zeit tiefen Zinsniveaus sowie die Einsparungen bei den Militärausgaben hatten zudem Spielräume für die Haushaltskonsolidierung eröffnet.

Literatur

- Alesina, Alberto/Perotti, Roberto (1995): The Political Economy of Budget Deficits. *IMF Staff Papers* 42 (1): 1. DOI: 10.2307/3867338.
- Alesina, Alberto/Perotti, Roberto (1996): Reducing Budget Deficits. *Swedish Economic Policy Review* (3/1996): 113–134.
- Alesina, Alberto/Perotti, Roberto (1997): Fiscal adjustments in OECD countries. composition and macroeconomic effects. *IMF Staff Papers* (44): 210–248.
- Auerbach, Alan J./Gokhale, Jagadeesh/Kotlikoff, Laurence J. (1991): Generational Accounts: A Meaningful Alternative to Deficit Accounting. *Tax Policy And The Economy* 5: 55–110. DOI: 10.1086/tpe.5.20061801.
- Barro, Robert J. (1979): On the Determination of the Public Debt. *Journal of Political Economy* 87 (5, Part 1): 940–971. DOI: 10.1086/260807.
- Blinder, Alan S./Solow, Robert M. (1976): Does fiscal policy matter? *Journal of Public Economics* 5 (1–2): 183–184. DOI: 10.1016/0047-2727(76)90069-4.
- Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars/Junkernheinrich, Martin/Wagschal, Uwe (2014): Ursachen kommunaler Haushaltsdefizite. *Politische Vierteljahrsschrift* 55 (4): 614–647.
- Brandner, Peter (2003): Budgetpolitik der Niederlande, Finnlands und Schwedens. Lehre für nachhaltige Konsolidierungen? *Wirtschaftspolitische Blätter* (50): 183–204.
- Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2015): *Das System der öffentlichen Haushalte*. Berlin. https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Oeffentliche-Finanzen/Haushaltsrecht-und-Haushaltssystematik/das-system-der-oeffentlichen-haushalte.pdf?__blob=publicationFile&v=1.
- Cecchetti, Stephen G./Mohanty, Madhusudan S./Zampolli, Fabrizio (2011): *The real effects of debt*. Basel: Bank for International Settlements (BIS Working Paper, 352). http://gaspar.udc.es/subido/3_docencia/deuda.pdf.
- Destatis (2023): *Öffentliches Finanzierungsdefizit 2023 bei 91,9 Milliarden Euro. Öffentliche Einnahmen nehmen stärker zu als die Ausgaben*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt (Destatis). https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/04/PD24_138_711.html. Abgerufen am: 11.07.2024.
- Devries, Pete/Guajardo, Jaime/Leigh, Daniel/Pescatori, Andrea (2011): *A New Action-based Dataset of Fiscal Consolidation*. International Monetary Fund (IMF) (IMF Working paper, 128).
- Hagen, Jürgen von/Hallett, Andrew H./Strauch, Rolf (2002): Budgetary Consolidation in Europe. Quality, Economic Conditions, and Persistence. *Journal of the Japanese and International Economies* 16 (4): 512–535.
- Heckel, Max von (1911): *Lehrbuch der Finanzwissenschaft. Band 1 und 2*. Leipzig: C. L. Hirschfeld.
- International Monetary Fund (IMF) (2024): *G20: Staatsverschuldung in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern im Jahr 2023 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)*. statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/684061/umfrage/staatsverschuldung-in-den-g20-staaten>. Abgerufen am: 11.07.2024.
- Krugmann, Paul (2009): *The Return of Depression Economics and the Crisis of 2008*. New York: W. W. Norton & Company.

- Mulas-Granados, Carlos (2006): *Economics, Politics and Budgets. The Political Economy of Fiscal Consolidations in Europe*. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan.
- Nowotny, Ewald (1979): *Öffentliche Verschuldung*. Stuttgart/New York: Gustav Fischer.
- Reinhart, Carmen M./Rogoff, Kenneth S. (2010): *Dieses Mal ist alles anders : acht Jahrhunderte Finanzkrisen*. München: FinanzBuch.
- Schmidt, Manfred G. (1993): Theorien in der international vergleichenden Staatstätigkeitsforschung. In: Héritier, Adrienne (Hrsg.): *Policy-Analyse. Elemente der Kritik und Perspektiven der Neuorientierung*, 371–393. Opladen.
- Schmidt, Manfred G. (2000): Die sozialpolitischen Nachzüglerstaaten und die Theorien der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung. In: Obinger, Herbert/Wagschal, Uwe (Hrsg.): *Der gezügelte Wohlfahrtsstaat. Sozialpolitik in reichen Industrienationen*, 22–36. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Wagner, Adolf (1911): Staat (in nationalökonomischer Hinsicht). In: Conrad, Johannes/Elster, Ludwig/Lexis, W. (Hrsg.): *Handbuch der Staatswissenschaften*, 727–739. Jena: Gustav Fischer.
- Wagschal, Uwe (1996): *Staatsverschuldung. Ursachen im internationalen Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich.
- Wagschal, Uwe (2011a): Allheilmittel oder Budgetmimikry. Wie wirksam sind Verschuldungsgrenzen zur Haushaltskonsolidierung? *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 9 (3): 352–382.
- Wagschal, Uwe (2011b): Staatsverschuldung und Haushaltskonsolidierung: Lehren des internationalen Vergleichs. *Politische Bildung* 42 (4): 10–30.
- Wagschal, Uwe/Wenzelburger, Georg (2008): *Haushaltskonsolidierung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wagschal, Uwe/Wenzelburger, Georg/Metz, Thomas/Jäkel, Tim (2009): *Konsolidierungsstrategien der Bundesländer*. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Weber, Max (1904): Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* (20): 1–54.
- Wenzelburger, Georg (2012): Wege aus dem Defizit. Eine Analyse der Determinanten der Konsolidierungspolitik in den OECD-Staaten. *dms – der moderne staat* 5 (2): 313–340.
- Zaghini, Andrea (2001): Fiscal adjustments and economic performing: a comparative study. *Applied Economics* 33 (5): 613–624. DOI: 10.1080/00036840122700.